

Tagesordnung I Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 13. März 2013

Vorlagen-Nr. 12-F-08-0123

Vermögenssteuer jetzt

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 14.11.2012 -

Von der Kommune werden wesentliche Aufgaben der Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger wahrgenommen. Sie hat deshalb dafür Sorge zu tragen, dass durch ausreichende Mittel diese Aufgaben erledigt werden können. Mit der Verwirklichung des Rechts auf einen Kindertagesstättenplatz und der Sanierung von Schulen seien nur zwei der Aufgaben genannt, für die finanzielle Mittel in erheblicher Höhe bereit gestellt werden müssen.

In den letzten Jahren ist bundesweit ein Trend zur Verschuldung öffentlicher Haushalte einerseits und andererseits zur Anhäufung privaten Reichtums in den Händen weniger auszumachen. Ursache hierfür ist insbesondere eine Steuerpolitik, die Reiche begünstigt und die Mehrheit der Bevölkerung sowie die öffentlichen Haushalte benachteiligt. Inzwischen hat sich die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte weiter dramatisch verschlechtert. Nach Verankerung der „Schuldenbremse“ ist jetzt dringend erforderlich die Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte zu verbessern. Die Einführung der Vermögenssteuer kann hierzu ein wichtiger Baustein sein. Dazu hat sich ein breites Bündnis gegründet: Von Heiner Geißler über Andrea Nahles bis Sven Giegold wird die Initiative „Vermögensteuer jetzt“ parteiübergreifend unterstützt. Die Landeshauptstadt Wiesbaden könnte durch ihren Beitritt zu diesem Bündnis ein wichtiges öffentlichkeitswirksames Signal senden und dadurch den Zusammenhang zwischen der angespannten Lage der Kommunalfinanzen einerseits und der fehlenden Besteuerung großer Vermögen andererseits verdeutlichen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich mit Nachdruck für die Einführung einer Vermögenssteuer aus und tritt öffentlichkeitswirksam dem Bündnis „Vermögensteuer jetzt“ (<http://www.vermoegensteuerjetzt.de>) bei.
2. Der Magistrat wird aufgefordert sich entsprechend gegenüber der Landes- und Bundesregierung für die Einführung einer Vermögenssteuer einzusetzen und im Rahmen des Hessischen Städtetages auf die Verbreiterung des Bündnisses „Vermögensteuer jetzt“ hinzuwirken.

Beschluss Nr. 0083

Der Antrag wird abgelehnt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2013

Horschler
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .03.2013

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2013

Dezernat I
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister